



German Centre in Moskau  
Mahnende Stimmen ignoriert

Die Anlaufverluste seien niedriger als geplant. Doch zu allem Überfluss muss jetzt, nur zwei Jahre nach Fertigstellung, auch noch die Fassade ersetzt werden, weil Feuchtigkeit ins Innere dringt.

Pfusch am Bau aber ist noch das kleinste Übel eines Projekts, das der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger bei der Eröffnung Ende Mai 2009 als „Erfolgsmodell deutscher Außenwirtschaftspolitik“ gepriesen hatte. Viel schwerer wiegt, dass die LBBW offenbar fast ein Drittel der Kaufsumme des gut 100 Millionen Euro teuren Gebäudes an eine Firma in einer karibischen Steueroase überwies, deren wirtschaftlich Berechtigte sie bis heute nicht kennt.

Steckt die Bank also im Moskauer Korruptionssumpf? Oder haben sich unbedarfte Banker aus dem Ländle von dubiosen Geschäftspartnern über den Tisch ziehen lassen?

Die LBBW hatte sich zunächst damit schwergetan, ein geeignetes Grundstück für den Bürobau zu finden. „Entweder waren die Erstehungskosten zu hoch, die Lage war nicht geeignet, oder die sonstigen Risiken waren zu hoch“, heißt es in einem internen Papier des Instituts.

Daher wandte sich der damalige LBBW-Chef Siegfried Jaschinski im August 2007 an Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow. Der Politiker, der wie kein anderer für die Korruption in Putins Riesenreich stand, wusste Rat.

Es gebe da einen Projektentwickler, der habe zufällig gerade genau so ein Bürogebäude im Bau, wie es die LBBW brauche. Zum Fixpreis von 107 Millionen Euro, 2009 bezugsfähig, Probleme bei Planung und Genehmigung seien nicht zu erwarten, das liege alles vor. So zumindest wurde das Projekt intern verkauft.

Also gründete die LBBW zunächst eine Projektgesellschaft in Luxemburg unter dem Namen German Centre Moscow S.a.r.l., an der zu 20 Prozent eine „Ergomash Development Ltd“ beteiligt ist. Für die Firma trat ein gewisser Jurij Saikin auf. Saikin berate die Bank seit längerem im Immobiliengeschäft in Russland, hieß es bei der LBBW. Der Mann sollte angeblich eine große Nummer im russischen Energiegeschäft sein. Eigenartig nur, dass der Name Jurij Saikin dort weitgehend unbekannt ist. Das aber schien bei der Landesbank niemanden zu stören.

Ebenso wenig wie die ungewöhnlichen Forderungen des Verkäufers. „Für den Kauf des Bürogebäudes in Moskau ist vom Verkäufer eine Zweiteilung des Geschäfts vorgesehen“, heißt es in dem internen Dokument. Für rund 30 Millionen Euro, also rund ein Drittel des Gesamtpreises, sollte die LBBW eine Projektgesellschaft namens „Flantir Ltd“ auf

IMMOBILIEN

## Moskauer Märchen

Gut 100 Millionen Euro zahlte die Stuttgarter LBBW für ein Bürohaus in der russischen Hauptstadt, 30 Millionen landeten auf dubiosen Konten.

Große Namen, großer Glamour, große Versprechen: Das war der Stoff, der in der Vergangenheit immer wieder öffentlich-rechtliche Banken aus der deutschen Provinz in die weite Welt lockte. Auch die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Die Schwaben zog es nach Moskau, in der Hoffnung auf das große Geld – und darauf, endlich das biedere Sparkassenimage loszuwerden.

Die Moskwa-Halbinsel Nagatino, acht Kilometer südlich des Kreml, war so ein Ort der großen Versprechungen. Hier sollte nach einem Entwurf des britischen Stararchitekten Norman Foster eines der größten Business-und-Shopping-Zentren der Welt gebaut werden. Ein 450 Meter hohes, in Zeltform konzipiertes Gebäude, vier Milliarden Dollar teuer. Gleich nebenan wurde auf 120 Hektar eine 100 Millionen Dollar teure Formel-

1-Rennstrecke geplant, die erste Russlands.

Es herrschte Goldgräberstimmung – auch bei den Stuttgarter Bankern der LBBW. Sie träumten von einer Heimstätte für die 3000 deutschen Firmen der Stadt.

Von all den schönen Visionen blieb nicht viel. Fosters Mega-Projekt „Crystal Island“ kam nie über die Planungsphase hinaus. Und auch aus dem Moskauer Formel-1-Zirkus wurde nichts.

Nur die schwäbischen Landesbanker verwirklichten im Jahr 2008 ihre hochfliegenden Pläne. Doch der elfstöckige Bürokomplex steht in weiten Teilen leer. Statt wie geplant 120 Mieter sind bislang nur 16 Firmen eingezogen, darunter die LBBW selbst. Potentielle Mieter meiden das Haus, weil es nur schwer zu erreichen ist. Zwar gibt es dort eine Schnellbahnlinie, allerdings keine Haltestelle.

Man sei mit weiteren Interessenten im Gespräch, heißt es dazu aus der Bank.



LBBW-Chef Vetter  
Schleppende Prüfung

YEVGENY KONDRAKOV / DER SPIEGEL

SASCHA SCHUERMANN / DAPD

Zypern kaufen. Verkäufer: eine Firma namens „Jacintha Ltd“ mit Sitz im Offshore-Paradies British Virgin Islands.

Wer hinter der Firma steckt, danach fragte in Stuttgart seinerzeit wohl niemand. Nur die Firma auf Zypern wurde von externen Anwälten der Bank überprüft. Bis heute weiß die LBBW nicht, wer wirtschaftlich von Jacintha und damit den LBBW-Millionen profitierte.

„Das stank ganz gewaltig nach Korruption“, sagt heute einer aus der Bank, der zwischenzeitlich mit dem Projekt betraut war. „Das ist doch ein Moskauer Märchen zu glauben, man könne in Russland so ein Geschäft machen, ohne zu schmieren.“

Dabei riet die Immobilienabteilung der Bank zur Vorsicht. In einem neun Seiten umfassenden Papier zur Bewertung des Projekts erkannten die Verfasser durchaus das Risiko, „da der Ankauf der zyprischen Objektgesellschaft von einer ‚British Virgin Island‘-Gesellschaft erfolgt, welche auch unter Compliance-Gesichtspunkten zu hinterfragen ist“.

Die mahnenden Stimmen fanden offensichtlich kein Gehör. „Die zähe Haltung des Verkäufers, in wesentlichen Vertragspunkten kein Entgegenkommen zu zeigen, aber auch die Verträge sehr einseitig zu überarbeiten, hatte uns bewogen, dieses Projekt nicht durchzuführen“, heißt es in einem Antrag für den Gesellschafterausschuss. Die politische Unterstützung durch die Moskauer Regierung habe aber letztlich zu einer positiven Entscheidung geführt.

Seit Juni 2009 führt Hans-Jörg Vetter die Bank. Er war als Sanierer von der Landesbank Berlin geholt worden, nachdem die LBBW im Zuge der Finanzkrise von ihren Eigentümern, dem Land Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und den Sparkassen, mit Milliarden gestützt werden musste.

Vetter ließ das Moskau-Projekt untersuchen, zunächst von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Seit 2010 liegt der Fall zur Haftungsprüfung bei der Anwaltskanzlei White & Case. Mehr als zwei Jahre schleppt sich die Prüfung hin. Erst jetzt kommt wieder Fahrt in die Angelegenheit, denn plötzlich interessierte sich die neue Landesregierung für die Vorgänge rund um das German Centre.

Das Wirtschaftsministerium bohrte bei der LBBW nach. Jetzt soll am 23. Februar im Aufsichtsrat ein Abschlussbericht präsentiert werden. Ob bis dahin geklärt ist, wer die 30 Millionen Euro erhalten hat, ist eher unwahrscheinlich. Ein renommierter Wirtschaftsjurist sieht daher in dem Vorgang einen Fall für den Staatsanwalt. „Wenn die Bank nicht belegen kann, dass die von ihr gekaufte Projektgesellschaft all die Millionen wert ist, ist es Untreue oder Korruption – wahrscheinlich beides.“

MARTIN HESSE, MATTHIAS SCHEPP,  
JÖRG SCHMITT



THOMAS LOHNES / DAPD

BÖRSEN

## Emir sei Dank

Die Deutsche Börse ist mit ihren Fusionsplänen gescheitert. Doch um ihre Zukunft muss sie nicht bangen: Es winken dicke Geschäfte in bisher unregulierten Märkten.

**N**ur mühsam wahrte Reto Francioni die Contenance. „Dies ist ein schwarzer Tag für Europa“, sagte der wütende Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse am vergangenen Mittwoch. Der EU-Wettbewerbskommissar hatte gerade die Fusion seines Unternehmens mit der New York Stock Exchange untersagt, für die Francioni schon seit vielen Jahren kämpft.

Es war vor allem ein schwarzer Tag für Francioni, der gern als Verwaltungsratsvorsitzender der Megabörse über den Niederungen des Alltags schweben wollte. Doch für die Deutsche Börse ist die Absage ein Segen. Denn über die Geschichte des Konzerns wäre in Zukunft eher an der Wall Street als am Unternehmenssitz in Eschborn vor den Toren von Frankfurt entschieden worden.

Auch ohne die ungleiche Liaison mit den Amerikanern bieten sich glänzende

Geschäftsaussichten für das Unternehmen, das immer noch Gewinnmargen von 50 Prozent erzielt. Europas Gesetzgeber sind dabei, dem unregulierten Finanzmarkt endlich erste Fesseln anzulegen. Viele Geschäfte sollen nicht mehr in den Hinterzimmern gedealt, sondern auf das Börsenparkett gezwungen werden. Der natürliche Profiteur dieser Entwicklung ist die Deutsche Börse AG, die in Europa viele Marktbereiche dominiert.

In ganzseitigen Anzeigen hatte Francioni vor der Entscheidung Stimmung gegen EU-Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia gemacht. Mehr als 80 Prozent der Umsätze im wichtigen Derivategeschäft würden außerhalb der offiziellen Börsen gemacht. Deshalb läge der Marktanteil der beiden Fusionskandidaten bei diesen Geschäften nicht, wie von der Kommission verkündet, bei 90, sondern eher bei 15 Prozent.